

# Hallische Zeitung

vorn. im G. Schwelbschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)



**Abonnements-Preis**  
pro Quartal 3 Mark  
(incl. halbr. Sonntagsblatt und  
landw. Mittheilungen).  
Die halbtägige Zeitung erscheint wochentlich  
in erster Ausgabe Vormittags 11 Uhr,  
in zweiter Ausgabe Nachmittags 3 1/2 Uhr.

**Insertionsgebühren**  
für die halbschöne Zeile oder deren Raum  
18 Pf., 15 Pf. für Halle und Reg.-Bezirk  
Mereburg.  
Reclamen an der Spitze des Zeitungsheftes  
pro Zeile 40 Pf.

N 233. Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Dienstag, 6. October.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerh. 1885.

## Abonnements

für IV. Quartal 1885 auf die „Hallische Zeitung“ (amtliches Organ des Kgl. Landrathsamtes des Saalkreises) nebst „Landwirthschaftlichen Mittheilungen“ und „Blutkrümmer Sonntagsblatt“ nehmen noch sämtliche Postanstalten, für Halle und Umgebungen auch die unterzeichnete Expedition, zum Preise von 3 3/4 Mark entgegen.

Da die Auflage unserer Zeitung beim diesmaligen Quartalswechsel wiederum sich bedeutend und über Erwartungen vermehrt hat, so bitten wir unsere bisherigen geehrten Herren Abonnenten um schleunige Erneuerung des Abonnements, damit jegliche Störung in der Verendung ausgeschlossen bleibt.

Die Expedition der Hallischen Zeitung.

## Antheilung der Domänen behufs innerer Colonisation

hatte Herr von Bennigsen in seiner an der Spitze des Hauptblatts von Nr. 224 unserer Zeitung ausführlicher besprochen, auf dem nationalliberalen Parteitag zu Hannover gehaltenen Rede dringend empfohlen. So sehr wir auch jeder Einseitigkeit mit Herrn von Bennigsen in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der inneren Colonisation, welche stets gute Hohenzollernpolitik gewesen ist, einverstanden sein wird, insofern dieselbe darauf gerichtet ist, auf unbesetzten und mehr oder minder unbenutzbaren Landstrichen die Bedingungen zum Unterhalt für eine größere Zahl von Ansiedlern zu schaffen, — durch Nachbarmachung von Mooren — so bedenklich und nahezu unausführbar erscheint uns das von Herrn von Bennigsen offenbar nicht genügend der Befamtheit mit den Verhältnissen im Osten adoptirte „freiliegende“ Schlagwort zu sein, diese innere Colonisation durch Verwandlung der Staatsdomänen im Osten in kleine Bauerngüter zu fördern. Wir hoben schon in dem oben erwähnten Artikel hervor, daß die Ausführung eines derartigen Projectes nicht nur an sich den größten technischen Schwierigkeiten unterliegen, sondern auch den erwarteten Nutzen für die Landeskultur nicht bringen werde. Jezt wollen wir versuchen, diese Ueberzeugung etwas näher zu begründen.

Preußen hat einen sehr werthvollen Domänenbesitz, der dem Staate rund 90 Millionen Mark Reinertrag bringt. Nach der Uebersicht von 1883 befanden 1076 größere Vorwerke mit ca. 340 000 Hektaren. Wollte man damit bäuerliche Wirthschaften gründen von im Durchschnitt je 10 Hektaren, so könnten 34 000 Familien zu Grundbesitzern gemacht werden. Der jährliche Zuwachs unserer Bevölkerung beträgt mehr als das Doppelte, woraus ersichtlich ist, daß der Verkauf der Domänen als eine große durchgreifende Maßregel unter seinen Umständen betrachtet wer-

den kann. Troßdem wäre es ja für einzelne Provinzen recht erwünscht, wenn ihnen tüchtige Elemente eines bäuerlichen Mittelstandes zugeführt würden. Aber die Sache ist nicht so einfach, wie es sich die Mutterbauern des Freisims vorzustellen scheinen.

Bereits Mitte der siebziger Jahre war von dem damaligen Finanzminister der Versuch gemacht worden, die Läden, welche in Neubourgen durch das Schwinden des Bauernstandes eingetreten sind, durch Domänenveräußerungen auszufüllen. Der Versuch scheiterte.

Inzwischen ist die Domänenverwaltung auf das landwirthschaftliche Ministerium übergegangen. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Dezember 1883 erklärte es der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Lucius, für eine rein mechanische Maßregel, mit der Restette die Domänen abzumessen und in so und soviel Stücken zu verkaufen. Die Gefahr ist nämlich, daß auf diesem Wege der Eifer, Grundbesitz zu erwerben, eine Anzahl nicht leistungsfähiger Existenzen schafft und daß über kurz oder lang die neuen Bauerngüter zum guten Theil wieder verschwinden. Man sieht ja, was sonst bei der Ausschichtung von Gütern vielfach herabkommt: nicht die kleinen Leute bemühen die Gelegenheit, sich anzusehen, sondern der Hof fällt in zwei oder drei Theilen an die Nachbarn. Entweder die Bauern und kleinen Leute sind so vorständig, sich auf den Kauf von größeren Parzellen nicht einzulassen, die Angebote bleiben unter der Toge und dann hätte bei der Parcellirung der Domänen der Fiskus einen empfindlichen, anderweit aufzubringenden Schaden zu tragen, oder es wiederholt sich die im Stralunder Bezirke vor 10 Jahren gemachten Erfahrungen, d. h. der neue Besitzer geht an der Beschaffung des Inventars und der nothwendigen Umbauten und an der Zahlung des Kaufpreises oder den aufgenommenen Hypotheken zu Grunde. Nicht mit Unrecht hat darum der Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alt den Ruf nach Veräußerung der Domänen als eine Kupfspielerei bezeichnet, die man den Leuten vormache.

Herr von Bennigsen scheint dem auch an die Verwandlung der Domänen in kleinere Besitzungen nicht so wohl im Wege des Besitzüberganges, als im Wege der Erbpacht gedacht zu haben.

Einem derartigen Vorschlage würden, wenn man ihn lediglich von Standpunkte der Landescultur aus betrachtet, geringere Nebenben entgegen stehen. Gewisse Leute erheben zwar hierin sofort eine Reaction im Sinne des Feudalismus. Aber selbst die gut mancherlei „Nationalzeitung“ weist diesel in der That unberechtigten Vorwurf zurück, indem sie zugleich dem Vorschlage insofern zustimmen zu können erklärt, als bei der Erbpacht der allmähliche Uebergang ins freie Eigentum vorgesehen werden könne. Bei der Erbpacht sind minder bemittelte Landwirthe in der Lage, ihre Capitalien statt für den Er-

werb für den Betrieb der Unternehmung zu verwenden. Der Zeitpächter ist der Gefahr ausgesetzt, sobald er seine Wirthschaft ertragsfähiger gemacht hat, gesteuert zu werden. Für den Erbpächter, der gleich dem Eigentümer auf festem Boden steht, wirkt der Sporn zur Mehrung des Ertrages viel kräftiger. Somit ist die Erbpacht jedenfalls geeigneter, als die Veräußerung, kleinere landwirthschaftliche Unternehmer in Gegenden zu ziehen, und hier auf die Dauer zu halten, wo bisher Mangel an solchen war. Im Uebrigen ist indessen auch ein solches Project nicht genügend vorbereitet, um eine Ausführung derselben schon in nächster Zeit erwarten lassen zu können; jedenfalls würde zuvor in sorgfältiger Ermüdung gezogen werden müssen, ob der Staat wohl daran thut, seinen Domänenbesitz zu veräußern, und ob er wirklich durch diese Veräußerung Vorteile, welche hiermit auch in anmählichem Verhältnisse stehen, zu erreichen in der Lage sein würde.

## Politischer Tagesbericht.

### Deutsches Reich.

Die verschiedentlich verbreitete Nachricht, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Spanien in der Carolinenfrage bereits erzielt und eine Vermittlung demnach abgebrochen sei, entbehrt, wie offiziös aus Berlin gemeldet wird, jeder Begründung. Die Antwort Deutschlands auf die letzte Note der spanischen Regierung lag bis Sonnabend noch Sr. Majestät dem Kaiser zur Genehmigung vor. Dem Vernehmen nach dürfte die deutsche Antwortnote am Sonnabend oder Sonntag nach Madrid abgegangen sein, und dort etwa Mitte dieser Woche überreicht werden können. Hieraus erhellt, wie wenig Glaubwürdigkeit in der Mittelbeim den beizumessen ist, welche sich auf angebliche Einzelheiten des Inhaltes der deutschen Note, oder auf Details aus dem der Kenntniß des Papstes unterbreiteten Material oder gar auf die Stellung der deutsch-spanischen Meinungsverschiedenheiten erstrecken.

Das Reichsversicherungsamt hat nunmehr in den amtlichen Nachrichten das alphabetische Verzeichniß derjenigen Gewerbebranche veröffentlicht, welche zu den bis zum 1. October 1885 gebildeten Berufsvereinigungen gehören. Das Verzeichniß soll für die Beurtheilung der Frage, zu welcher Berufsvereinschaft ein Betrieb gehört, einen Anhalt bieten, freilich ohne daß dadurch der Prüfung der Zugehörigkeit durch die Genossenschaftsvorstände und das Reichsversicherungsamt in den einzelnen Fällen präjudicirt wird. Es weicht auch bezüglich mehrerer Betriebsarten von der bisher üblich gewesenen Berufsberufsstatistik ab, was gesehen wurde, weil sich bei Prüfung der einzelnen Berufsvereinschaften die Nothwendigkeit hierzu ergeben hatte.

zu erwähnen, bemerke aber, daß er mit seinen Gedanken bei der Geliebten weite, nicht, daß sein Nachbar mit verdoppelter Aufmerksamkeit seinen Worten lauschte.

Als Gilbert endlich inne hielt, blühte der alte Herr einige Augenblicke sinnend vor sich nieder.

„Und Sie sagen, Doctor Eichenbaum, diese Dame heißt mit ihrem Mädchennamen Ada Wilson?“ fragte er endlich. „Wüßten Sie mir nicht das Kreuzer der Dame ein wenig näher erklären? Ich bin vor etwa vier Wochen mit einer Dame von Einburg nach Br. gefahren, die, wenn ich mich recht erinnere, denselben Namen führt.“

„Vor vier Wochen?“ fragte Gilbert aufstehend. „Wahrscheinlich ein Zufall! Vor vier Wochen reiste die junge Frau allerdings nach Deutschland, um...“

Gilbert vollendete den Satz nicht, aber Doctor Heimburg, welchen der freundliche Leser wohl erkannt haben wird, that es.

„Um ihren einzigen Freund zu besuchen, den sie schwer vermisst und der gar todt zu finden erwartete. Dieser Freund sind Sie. Ja, ja — so ist's. Ich kenne die Dame und nehme an ihrem Schicksal lebhaften Antheil.“

Gilbert's Wangen wurden dunkelroth.

„Nun, nun, schaffieren Sie sich nicht, junger Freund!“ fuhr Doctor Heimburg mit gutmüthigem Spöck fort. „Aber neugierig haben Sie mich gemacht, obgleich ich weder eine alte Jungfer, noch ein alter Junggesell bin. Ich möchte um alles in der Welt gern wissen, was aus jener jungen Dame geworden ist?“

Gilbert Eichenbaum fand keine Veranlassung, daß zu verschweigen, was ihn so lebhaft beschäftigte, ja es war ihm beinahe eine Erleichterung, dem alten Herrn alle seine Sorgen anzuvertrauen. Derselbe hörte ihm mit Erstaunen, aber auch mit höchlich wachsender Empörung zu. Endlich rief er heftig aus:

[Nachdruck verboten.]

## Ada Wilson.

Original-Roman von Harriet Keuper.

(Fortsetzung.)

### Siebenzehntes Capitel.

Das war ein böser Tag, an welchem Gilbert Eichenbaum von Dr. Cobbs die Nachricht von den Vorgängen empfing, die während seiner Krankheit geschehen waren! Noch schwach und elend, die Geliebte in Roth und Gefahr und in der Gewalt eines Mannes wissend, der gegenwärtig noch das formelle Recht besaß, sie sein Weib zu nennen, war ein unerträglich Zustand.

Gilbert empfand es besonders schwer, daß er zur Unthätigkeit verurtheilt war. Dr. Cobbs hatte ihm in möglichst schonender Weise geschrieben, aber die schlimmsten Mittheilungen hatte er sichtlich nicht dem Patienten anvertraut. Gilbert verstand es leider, zwischen den Zeilen zu lesen. Die einfachen, nackten Thatfachen genühten, um ihn mit großer Unruhe zu erfüllen, welche seine Wiedererholung verzögerte.

Er war schon wieder den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes, aber an dem Tage wo er Dr. Cobbs Brief erhielt, sah das Fieber zurückkehren zu wollen. Troßdem war er sofort entschlossen, der Geliebten zu Hilfe zu eilen. Er verhehlte sich die Muthlosigkeit, ja die Gefahren der langen, beschwerlichen Reise zwar nicht, aber der Ergrüß des Mannes, thätkräftig in das Gesicht der Geliebten einzugreifen und sie aus den schmällichen Banden eines verhassten Joches zu befreien, siegte über die natürliche Trägheit, welche die Krankheit mit sich führte. Er wartete einige Tage, um genügende Kräfte zu sammeln und dann reiste er, ohne die Erlaubniß des

Arztes, welcher sie sicherlich verweigert haben würde, abzuwarten, ab.

Seine Verhältnisse gestatteten ihm, sich alle Bequemlichkeiten der Reise zu verschaffen, und die helle, freundliche Welt draußen konnte ihm kaum größere Gefahr bereiten, als die trostlose Abgeschiedenheit und die schwüle Erstluft des Krankenzimmers.

Ein treuer Diener begleitete ihn auf der Reise und sorgte aus eigenem Antrieb für die größtmögliche Bequemlichkeit seines Herrn.

Als er bereits sein Ziel unterwegs auf der Eisenbahn war, hatte sich sein Zustand unmerklich verschlimmert, aber Niemand hätte in dieser hageren Gestalt mit dem bleichen, hochmüthigen Gesicht der hübschen, stattlichen Gilbert Eichenbaum wieder erkannt, und die Mitreisenden erblickten in ihm einen schwerkranken Patienten, von dem man nicht begreifen konnte, daß er es wagte, eine Reise zu unternehmen.

Ein alter Herr nahm in Br. in demselben Coupé, in welchem Gilbert saß, Platz und schien ein besonderes Interesse an dem Leidenden zu nehmen. Die beiden Herren kamen ins Gespräch und stellten sich gegenseitig vor.

Beide waren in demselben Beruf thätig, wie sich herausstellte, und vielleicht schon deshalb sorgte der ältere Herr mit Collegialität für die Bequemlichkeit Gilbert's, der sich dadurch zu großem Danke verpflichtet fühlte.

Beiläufig fragte der alte Herr Gilbert nach der Ursache seines leidenden Zustandes und drohte ihm lächelnd mit dem Finger, als er von dem Duell erfuhr.

Eine solche Abfälligkeit, sagte er scherzend, köme jungen Leuten, welche die unbedeutendste Angelegenheit zu einer cause célèbre machten, durchaus nicht schaden.

Gilbert bemerkte, daß ihn in diesem speciellen Falle kein Schwurf des Leichtsinns treffen könne, und gefand freimüthig und offenerzig, welche Ursache ihn bis an den Rand des Grabes gebracht. Er konnte nicht umhin, Ada

Alle die Betriebsunternehmer, welche ihre Betriebe noch nicht nach Maßgabe des Unfall-Versicherungs-Gesetzes angemeldet haben, möchten mir in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam machen, daß sie bis jetzt nicht in den unteren Verwaltungskörpern, in deren Bezirk ihr Betrieb gelegen ist, nachholen, weil sie sich sonst der Gefahr aussetzen, in eine Ordnungstrafe bis zu 300 M genommen zu werden.

Die Wahl des Regenten von Braunschweig wird erst nach dem 18. Oktober, wahrscheinlich am 19. d. stattfinden. Die Vorkragen sind, wie man der Magdeburger Zeitung mittheilt, am Sonnabend in Braunschweig erledigt worden auf Grund von neutralen Konferenzen, welche zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Görz-Wriesberg in Berlin stattgefunden haben. Unter allem Vorbehalt wird dem Staate aus mitgeteilt, daß man wohl den Prinzen Albrecht von Preußen am 19. Oktober in Braunschweig als Regenten begreifen wird. Ein Braunschweiger Correspondent der Köln. Zeitung glaubt guten Grund zu haben, Herrn Lindthorff für den Verfall der von uns erwähnten Auseinandersetzung von halten, welche den Braunschweiger die vorgelagerten von uns erwähnten Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf eine Apagane vor die Augen bringen sollte. Dieser Schatzung dürfte aber, wie der Correspondent schreibt, verfehler sein, als bisheriger, und wird in Braunschweig nur Heiterkeit erregen, ähnlich wie seiner Zeit die Forderungen des Herzogs von Cambridge.

Der Herzog von Cumberland hat jüngst unter dem 22. September aus München ein Schreiben an die deutschen Bundesregierung (abgegeben von Preußen) gerichtet, um noch einmal seine Rechtsansprüche auf die Regierung im Herzogthum Braunschweig geltend zu machen und dem bekannten Beschlusse des Bundesrats entgegenzutreten. In dem sehr umfangreichen Schriftstück werden die sämtlichen Gründe, welche der Herzog für seine Ansprüche anderweit angeführt hat, wiederholt und betont, daß der von ihm festgehaltene Anspruch auf Hannover und der Reichsverfassung nicht in Widerspruch stehe und seine volle Anerkennung derselben nicht ausschließe. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß das Schreiben eine Beantwortung erfahren hätte.

Die „B. B. N.“ schreiben: Die Eugen Richter'sche „Freisinnige Zeitung“ erweist sich auch in der Anwendung tenzioser Jargonismen und auf diese gestützte Schlussfolgerungen als der richtige Ableger des „Reichsfreundes“. In einer Erörterung, welche darauf abzielt, die preussische Staatsbahnpolitik auf Grund der Betriebsaufnahme des Monats August finanziell zu verurtheilen, finden sich folgende Tendenzen:

Die Betriebsaufnahmen der preussischen Staatsbahnen stellen sich in diesem Monat nach provisorischer Ermittlung auf 58 882 544 M oder 120 160 M höher, als das allein vergleichbare provisorisch ermittelte Ergebnis des Monats August 1884, auf den Kilometer aber um 71 M niedriger, als im Vorjahre. Wenn die „Freisinnige Zeitung“ auf diesen letzteren Umstand noch und gegenüber der Erhöhung der Gesamtsumme mit Empfehlung auf die Vermehrung der Betriebslänge hinweist, so verweigert sie, daß der Zuwachs ziemlich ausschließlich aus Schuldzinsen besteht, daß diese einen größeren Prozentsatz der Gesamtsumme ausmachen und daß daher der Rückgang der kilometerlichen Durchschnittseinnahme in keiner Weise mit einem entsprechenden Rückgang des Verkehrs identisch ist.

Das ein Rückgang in den Eisenbahneinnahmen um 2 pCt., wie das Richter'sche Blatt behauptet, einen Ausfall von 13 Millionen ergeben würde, ist nicht wahr; denn demselben stände eine entsprechende Verminderung der Betriebsausgaben gegenüber, welche letzteren in dem laufenden Etat auf nahezu 60 pCt. der Einnahmen veranschlagt sind.

Bei der Vergleichung der Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr legt das Blatt für 1884 die definitive Ermittlung zu Grunde, obwohl diese ein um etwa 1 300 000 M höheres Ergebnis liefert, als die aus diesem Grunde allein in Vergleich zu stellende provisorische Ermittlung. Es werden daher ungleichwerthe Zahlen tendenziös zur Herstellung eines der Wahrheit nicht entsprechenden Bildes der finanziellen Ergebnisse der Staatsbahnverwaltung in Vergleich gestellt. Wenn ferner durch die Bemerkung, daß bei der Veranschlagung des Etats für 1885/86 auf eine mäßige Steigerung der Einnahmen

„Aber es ist ja kaum glaublich, was Sie mir erzählen, Doctor Eichentritt. Ich habe zwar einige Andeutungen über diese Scandalgeschichte in den Zeitungen gelesen, und mich geadert, daß dieser Robert Armandale nach Allem, was geschrieben ist, sich noch öffentlich bilden lassen mag, aber daß meine liebe junge Nachbarin die unglückliche Frau des Schenken ist, das ist mir nicht in den Sinn gekommen. Was gedenken Sie denn jetzt in der Sache zu thun, mein junger Freund?“

„Hilbert Eichentritt blinnte Doctor Heimburg bekümmert an.“

„Ja, was soll ich thun? Das ist eine Frage, welche ich mir schon seit einigen Tagen stündlich vorlege, ob sie beantwortet zu können. Ich muß erst den näheren Zusammenhang der Thatfachen kennen lernen, denn Mr. Cobbs hat mir seine Einzelheiten gemeldet.“

„Mr. Cobbs, sagen Sie? Meinen Sie den Rechtsanwalt in Eimburg?“

„Allerdings, denselben. Kennen Sie ihn zufällig?“

„O, ob ich ihn kenne! Er ist einer meiner ältesten Freunde!“ rief Doctor Heimburg aus. „Ich komme aus dem Erlaunen nicht heraus. Ist Mr. Armandale die Erb- des Grafen von Rotham?“

„Freilich! Aber erbt die Millionen des verstorbenen Grafen von Rotham“, entgegnete Hilbert. „Aber ich möchte fast, die arme junge Frau hätte diese Erbschaft niemals gemacht. In diesem Falle wäre die Eheverbindung-Angelegenheit mit der Zeit zu einem vernünftigen Ende gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

gerechnet sei, in Verbindung mit der erwähnten tendenziös konstruirten Darstellung eines vernünftigen Rückganges der Eisenbahneinnahmen der Glaube erweckt werden soll, daß der Staatsanfall nicht erreicht werden würde, so ist daran zu erinnern, daß die Betriebsaufnahmen für 1885/86 auf durchschnittlich 56,4 Millionen veranschlagt sind, diejenigen des Monats August den Durchschnitt mithin um rund 24,7 Millionen übersteigen.

Die ganze Frivolität des Versuches, aus den Betriebsaufnahmen des Monats August 1885 den „Zufammenbruch des Staatsbahnen-Systems“ konstruieren zu wollen, ergibt sich durch einen Vergleich mit den entsprechenden Ermittlungen für den Monat August 1884. In diesem Jahre stiegen die provisorisch ermittelten Einnahmen um 2 157 234 M, 1885 nur um 1 163 228 gegen das definitive Ergebnis des Vorjahres zurück; 1884 blieben sie selbst um 51 195 M gegen die provisorische Ermittlung zurück, während 1885 gegen diese ein Plus von 120 060 M aufweist. 1884 ergab auf den Kilometer eine Mindereinnahme von 179 M gegenüber der definitiven, von 71 gegenüber der provisorischen Ermittlung, 1885 von 134 bei 71 1884 aus dem Güterverkehr — 145 1885 — 85 M. Kurzum ziemlich überall zeigt der August 1884 ungünstigere Ergebnisse, als der letztverflossene und doch letzteren die Staatsbahnen in dem Etatsjahre 1884/85 einen nicht unerheblich höheren Ueberfluß, als im Etat veranschlagt war.

### Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.** Der österreichische Unterrichtsminister hat die ausländischen Regierungen zur Theilnahme an einer Ende dieses Monats hier stattfindenden internationalen Konferenz eingeladen, in welcher über die Gewinnung eines einheitlichen musikalischen Normaltons beraten werden soll.

In ungarischen Abgeordnetenhaus beantwortete Winternitzpräsident Tija am Sonnabend die Interpellation in Betreff der Vorgänge in Bulgarien und Rumelien. Er erklärte: Die Entree in Krenster sei als Folge der Sternienwörter Kaiserbegegnung ein höchst schicksalhaft, eine Erneuerung der persönlichen Freundschaft beider Monarchen; von einer Anexion Bosniens oder von einer Union Bulgariens und Rumeliens war in Krenster keine Rede. Das eine auf die Union abzielende Agitationen seien bekannt, die im Ausbruch des Versuches der Wiedervereinigung aber rasche jedoch sämtliche Regierungen Europas. Die Regierung habe keine Kenntniss, ob irgend eine Macht mit Willensmacht zu intervenieren beabsichtige; sie wisse jedoch, daß alle Mächte die Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages und des status quo wünschig. Niemand hindere die Türkei an der Geltendmachung ihrer Rechte. Der Vorschlag einer Völkervereinigung stimme mit den Wünschen des Sultans betreffend eine freundschaftliche Intervention der Mächte überein. Von einer Anexion Bosniens und der Herzegovina sei, wie der Minister wiederholte, keine Rede; noch weniger beabsichtige Oesterreich-Ungarn eine Vermehrung der Komplikation durch etwaige Befreiung türkischer Gebiete. Die Regierung wisse jedoch — was auch begründet sei — erklären: Falls jedes Vermögen scheitern sollte und die vitalen Interessen der Monarchie gefährdet wären, werde Oesterreich-Ungarn die Freiheit seiner Entscheidungen wahren. — Die Antwort, welche der Winternitzpräsident schon am Freitag im liberalen Club des ungarischen Reichstages hielt, wurde zur Kenntniss genommen.

In Pest ist am Sonnabend der große landwirthschaftliche Congress, an welchem Cardinal Haynald, Handelsminister Szeghny, hervorstechendste Magnaten und Abgeordnete sowie sonstige Interessenten und zahlreiche ausländische Fachautoritäten, darunter von deutschen Delegirten Reichsminister Hülst, Herr v. Webell, M. v. Schönbauer, Graf Bäckler (Sachsen), zusammen circa 400 Personen Theil nehmen, unter Vorsitz des Grafen Alexander Karyl eröffnet worden. Der Vorsitzende führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß ein mitteleuropäisches Agrarbandnis gegen die russische und überseeische Konkurrenz anzustreben sei. Der Referent Graf führte das Thema detaillierter aus und stellte bezüglich Schlussanträge. Die Diskussion eröffnen die Grafen Ferdinand Bichy, Eugen Jidy, von Rohm (Böhmen), letzterer stimmte dem Referenten zu. Dr. Jirsinsky (Böhmen) weist unter lebhaftem Beifall auf den Mangel einer Agrarverfassung hin. Die in ungarischer, deutscher und französischer Sprache geführte Diskussion dauert fort.

**Frankreich.** Der erste Sekretär der deutschen Botschaft, Freiherr von Kottentau, ist von seinem Urlaub nach Paris zurückgekehrt. Freiherr von Kottentau dürfte berufen sein, zunächst als interimistischer Geschäftsführer die deutsche Botschaft zu leiten, bis der nachfolgende des Fürsten Solovlovo ernannt sein wird. Es gilt übrigens namentlich als ziemlich gewiß, daß Graf Münster, gegenwärtig Botschafter in London, für den Berliner Botschafterposten ebenfalls berufen ist. Um Aufhebungen bei den Wahleigen, welche nicht ernstlich beabsichtigt werden, energisch entgegenzutreten, waren am Sonntag die Truppen der Garnison von Paris in ihren Kasernen conignirt.

**Britisches Reich.** Der deutsche Botschafter Graf Münster hatte am Freitag eine längere Unterredung mit Lord Salisbury.

Der frühere und der jetzige deutsche Ministerresident in Marokko, Weber und Lefa, sind zum Abschluß eines deutsch-marokkanischen Handelsvertrags beoollmächtigt und werden sich in den nächsten Tagen von London nach Tanger einschiffen.

Der serbische Gesandte erklärte bei dem am Freitag stattgefundenen Banquet in Manjionhouse, wenn der Frieden aus der Balkanhalbinsel erhalten werde, so sei dies in hohem Grade den weisen und gemäßigten Katholiken Salisburys zu verdanken. Dieselben hätten, da sie von der großen Theilnahme Salisburys für die Serben und die benachbarten Nationen Zeugnis ablegen, tiefen Eindruck auf die serbische Regierung gemacht.

Aus dieser Äußerung könnte man schließen, daß England sich ganz besonders für die Herstellung des in Ungarn Serbiens verschiedenen Gleichgewichts auf der Balkan-Halbinsel bemüht habe. Jedoch ist bekannt, daß auch England diesmal wenig Lust verspürt, sich für die

Türkei oder aber eine der interessirten Völkerstaaten an der Donau in besondere diplomatische Unkosten zu führen. Vielmehr bemerkt das englische Cabinet außerordentlich eine außerordentliche Kühnheit und Unbesonnenheit und verfolgt eine mit den übrigen Mächten durchaus parallel laufende Politik. Was für Verdienste also Lord Salisbury sich um Serbien erworben hat, wäre für die Welt sehr interessant zu erfahren.

Wie aus Simla vom 3. d. M. gemeldet wird, erhält der allgemeine Plan zur Armeeform, welcher der ostindischen Regierung gegenwärtig vorliegt, dem Vernehmen nach auch Vorschläge für eine Reorganisation der Heere der eingeborenen Fürsten und für eine Verewendung derselben zu Reichszwecken.

**Dänemark.** Der Präsident des Folkething, Berg, kehrte am Freitag Abend nach seiner Verurteilung nach Kopenhagen zurück. Eine große Menschenmenge hatte sich zu seinem Empfang eingefunden. Die Sozialisten spannten unter Gesang ihres Kampfliedes das Pferd von seinem Wagen und zogen ihn nach Hause, wobei er eine längere Anspanne an die Verammelten hielt.

**Rußland.** Wenn die mittelasiatische Politik Rußlands von ihrer Förderung mittelst Pulver und Blei auskragt, so greift sie zu dem vielleicht noch wirksamsten Mittel durch Schienen und Dampf. Der asienische Grenzverkehr ist, so als möglich beielegt, aber unter dem mangelhaft einbringlichen Lehen, die er dem russischen Obr gebietet, steht oben die Notwendigkeit der Herstellung eines ununterbrochenen Schienennetzes aus dem Herzen des Reiches bis an die angestrichelte nach Afghanistan vorgehobene Peripherie, und die Erkenntniß dessen ist ein Sporn für die an dem transkaspischen Bahnbau beschäftigten Kräfte geworden. Man wird sich erinnern, daß im vergangenen Frühjahr die Verlängerung der transkaspischen Bahn über Askabad, Kasch und Merv bis nach Burdalt am Amu-Daria beachtet wurde, d. h. die auf Staatskosten zu bewirkende Herstellung eines Schienennetzes von 765 Werst, welcher im Sommer des Jahres 1886 dem Verkehr übergeben werden sollte. Vor Kurzem konnten nun die Leiter des Baues nach St. Petersburg berichten, daß die Strecke Kasch-Amu-Askabad fertig sei und ihre Einweihung demnächst stattfinden werde. Auch hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß der Bahnbau die vorläufige Endstation Burdalt innerhalb des angenommenen Termins — der nächste Sommer — erreichen dürfte. Zugwischen hat eine Gesellschaft von Kaufleuten, die Handelsbeziehungen nach Mittelasien unterhält, sich um die Bauerlaubnis einer Linie vom Wirtkaldowischen Golfe (Kaspische) über Askabad und Burdalt bis Tachend beworben, eine Route, welche von der Gesellschaft als unentbehrlich für den mittelasiatischen Handelsverkehr betrachtet wird. Zwar wurde das Geseh abschlägig beschieden, aber gleichwohl anerkant, daß ein dergleichen Bahnbau zum Aufschlag des Lichtes an die transkaspische Bahn vortheilhaft. Namentlich zum militärstrategischen Gesichtspunkte aus wurde geltend gemacht, daß die letzten Vermietlungen des Turkestan einer Verkehrsinteressengemeinschaft zwischen Burdalt und den transkaspischen Gebieten erwiehen hätten. Der Plan einer Eisenbahnlinie Askabad-Samarland-Tachend kam demnach im Prinzip als gesichert betrachtet werden. Die „Novoje Wremja“ will sogar schon wissen, daß bereits eine Spezialcommission mit den lediglichen Vorarbeiten betraut sei. In derselben seien die Ministerien des Auswärtigen, des Krieges, der Finanzen, des Verkehrs und der Domänen vertreten, und stehe die Commission im Begriff, mit Mitteln abzurufen. Wie man sieht, verliert Rußland keine Zeit.

Der „Kön. Btg.“ wird aus Riga vom 30. d. M. gemeldet: In Rurland scheint eine Wendung zum Besseren eintreten zu wollen. Der durch die Gendarmerie und den Procureur Ajmoldsteleberer in Erhebung von Anlagen wegen Majestätsbeleidigung hat von maßgebender Seite Mißbilligung erfahren. Mehrere dergleichen Anlagen sind niedergeschlagen worden. Der Gouverneur v. Liliensfeldt, welcher bereits den Auftrag zum Verkauf seiner Wölde gegeben hatte, hat es möglich doch für möglich gehalten, nach Mitta zurück zu kehren, ein Beweis, daß er trotz seiner deutschen Namen und seiner hantelfreundlichen Gesinnung beim Kaiserlichen Hofe an Einfluß nichts verloren hat.

**Griechenland.** Das in Athen erscheinende amtliche Blatt vom 2. d. M. enthält eine Verfügung betreffend die Einführung des Zwangscurfours. — Die Nationalbank macht der Regierung ein Darlehen von 12 Millionen in Baar und dürfte, soweit die Bedürfnisse der Regierung es erfordern, noch weitere Darlehne in Papier gemäßen. Die Deputirtenkammer ist zur Beratung mehrerer dringenden, durch die Umstände notwendig gewordenen Vorlagen zum 23. d. M. einberufen worden. Die Gesandten von Oesterreich, England und Rußland conferiren am Freitag längere Zeit mit dem König und richten zur Abklärung.

### Die bulgarische Frage

entwickelt sich, soweit man aus den vorliegenden Informationen schließen kann, bis jetzt ganz im Einklang mit den von den Diplomaten geäußerten Anschauungen. Insbesondere wäre zu konstatieren, daß bezüglich des friedlichen Ausgleichs der entstandenen Schwierigkeiten keinerlei Differenz unter den Vertragsmächten besteht. Die Vermittlungen, Griechenland sowohl als Serbien innerhalb der Grenzen der Abklärung zu halten, werden fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, daß wenn in der Tagespresse öfters von einer „grob-bulgarischen“ Frage gesprochen wird, dies eine nicht korrekte Ausdrucksweise darstellt. Denn bisher ist ein Osterreich und in der That nicht vorhanden, sondern materiell besteht der territoriale Zustand südlich der Balkanlinie im Wesentlichen so fort, wie er durch den Berliner Vertrag geschaffen worden, da Fürst Alexander von Bulgarien ausdrücklich erklärt hat, daß die Oberhoheit des Sultans durch die Ereignisse in Ostrumelien nicht berührt werden solle. Dagegen läßt sich freilich nicht leugnen, daß formell allerdings der Berliner Vertrag

angefordert  
schädigen  
alleinig be  
nicht mind  
füßte der  
füßterlebe  
Compensa

In d  
mit Weib  
dentlich  
ber, d  
liten, d  
schütter,  
bedroht.

König al  
sammler  
auf der  
auch he  
beid, d  
Zutere  
sich ern  
den eta  
sigen,  
Wahrn  
Ratione  
werde. A

zu unter  
der aug  
König be  
überzo  
berreit  
verleite  
serbigen  
schüßen.  
am Schl  
den Mon  
von 25 A  
zulöse,  
Stupich  
der Ver  
Situation  
Wiener U  
Vorjud  
von 12  
Geschäfte  
die besu  
mbeßlich

Am  
garißch  
Fredem  
sich em  
würde  
das über  
eine fri  
herzig  
demnach  
Die  
wenig  
nützig g  
einberufe  
land und  
mit dem  
Ein  
vom 3.  
der gri  
in die  
in der  
Athen a  
Eindru  
Waffen  
angewick  
vom 23.  
Dapart  
anfecht  
sich, wie  
Weicht

Da a  
den Grie  
dortigen  
Armei  
schaffen  
zu viele  
Individu  
deamer,  
pflicht ge  
hot (steden  
Aufgehob  
das 37.  
Säbe be  
das Du  
Märkte  
wird. Di  
mit grüne  
mit dem  
Doch keine  
hat es S  
Gedachte  
den letzte  
gellend  
Kriegs  
kehr. Die  
Die  
1. Regim  
Briete  
d. u. a.  
einberufe  
d. Regime  
d. Regim  
d. Regim  
Schiller:  
Ballerie  
neen, i  
des Escad  
Regimen  
den Zeit  
am 23.  
und 30.  
d. M.  
Der 2.  
die bereit  
Die i  
Drapun  
das sich  
wovon, a  
gebende  
Armees







